

AZB
CH-8031 Zürich
P.P. / Journal

Adressänderungen melden an:
GSoA, Postfach, 8031 Zürich
adressen@gsoa.ch

GSoA

GSoA-Zitig Mai 2012 Nr. 150

Informationen und Anregungen der Gruppe für eine Schweiz ohne Armee GSoA





106



Editorial

Liebe Leserin, lieber Leser,

Es wird ja generell nicht wenig gelogen in der Politik. Aber vor den Abstimmungen über GSoA-Initiativen gehört das Lügen unter bürgerlichen SicherheitspolitikerInnen offensichtlich zum rhetorischen Standardrepertoire.

Beispiel 1: Vor der Abstimmung über die Initiative «Für ein Verbot von Kriegsmaterial-Exporten» behaupteten die Rüstungslobbyisten um CVP-Bundesrätin Doris Leuthard, die Schweiz liefere gar keine Waffen in Krisenregionen. Trotzdem wolle man noch kleine Anpassungen an der Exportbewilligungspraxis vornehmen, um Kriegseinsätze von Schweizer Waffen künftig ein für alle Mal ausschliessen zu können. Doch heute, einige Jahre später, wird noch immer munter drauflos exportiert – besonders ins Pulverfass Naher Osten. Hintergrundberichte zum globalen Waffenhandel und zum Schweizer Anteil daran, finden sich auf den Seiten 8-10 dieser Zeitung.

Beispiel 2: Im Abstimmungskampf zur Initiative «Für den Schutz vor Waffengewalt» versicherte die Armeespitze, man müsse nur ein bisschen genauer hinschauen, wem man eine Dienstwaffe nach Hause gebe, dann würden sich die Amokläufe und Selbstmorde auf ein Minimum reduzieren. Man werde ab jetzt sorgfältiger sein bei der Abgabe der Dienstwaffen. Und nun deckte die Sonntagszeitung auf: Von rund 27'000 Armeeangehörigen weiss man nicht einmal mehr, ob sie ihre Waffe noch zu Hause im Schrank lagern oder diese bereits abgegeben haben. Einen Bericht zu dieser unglaublichen Geschichte kann man auf Seite 7 dieser Zeitung lesen.

Beispiel 3: Kampfjetbeschaffung. Das Wort allein genügt. Was da schon alles zusammengeklungen wurde, geht auf keine Kuhhaut. Unser Artikel auf Seite 3 beleuchtet, wie Ueli Maurer ganz offen darlegt, wie er das Schweizer Volk bei der Abstimmung über neue Kampfjets hinters Licht führen will.

Ungelogen: Dies ist schon die Ausgabe Nr. 150 der GSoA-Zeitung. Dieses kleine Jubiläum wollen wir mit einer Doppelseite mit Fundstücken aus unserem Archiv feiern. Und vor allem mit einem grossen Dankeschön an unsere treue Leserschaft!

Für das Redaktionsteam: Felix Birchler

KAMPFJETKAUF

Wieder verschoben

Erneut hat der Bundesrat die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge auf die lange Bank geschoben. Man wolle zunächst die Entscheidung Schwedens abwarten.
Von Franziska Bender

Die Schweizer Beschaffung des Gripen ist eng verbunden mit Entscheidungen, die in Schweden getroffen werden. Dort will man Kampfjets des neuen E/F-Typs beschaffen, um das Projekt überhaupt am Laufen halten zu können. Ohne solche staatliche Hilfe wäre der Hersteller des Gripen längst bankrott. Der Bundesrat möchte bei dieser Ausgangslage abwarten, wie sich Schweden im September entscheiden wird. Dies verschiebt einen allfälligen Kauf weiter nach hinten. Statt wie ursprünglich erwartet Anfang 2012, wird das Rüstungsprogramm nun erst im Oktober 2012 vorgestellt. Eine Referendumsabstimmung ist damit erst Ende 2013 zu erwarten. Die Verschiebung zeigt, wie unsicher der Gripen-Deal ist und dass niemand mehr den eigentlichen Sinn dahinter erkennen kann.

Referendum dank Finanzierungsfonds

Auch in der Finanzierungsfrage hat der Bundesrat eine Kehrtwende vollzogen. Entgegen

den Entscheidungen des Parlaments möchte er das Militärbudget nur auf 4.7 Milliarden Franken anstatt auf 5 Milliarden erhöhen. Die Absicht dahinter ist klar: Aufgrund der absehbar hohen Defizite in den Jahren 2014 und 2015 wäre ein unbeliebtes Sparpaket angesagt. Der Kampfjetbeschaffung würde damit aber auch noch der letzte Rückhalt entzogen. Senkt man das Militärbudget hingegen vorübergehend, so kann man das Sparpaket umgehen. Ein Entgegenkommen des Verteidigungsdepartements ist das aber nicht, denn schon in der nächsten Legislatur könnte man das Militärbudget wieder problemlos erhöhen. Trotzdem wurde aus dem bürgerlichen Lager bereits Widerstand gegen das reduzierte Militärbudget angekündigt. Offenbar scheint man dort nicht zu verstehen, dass ein Sparpaket zugunsten neuer Kampfjets am Widerstand der Bevölkerung scheitern würde.

Die neuen Kampfjets sollen durch einen Fonds finanziert werden. Damit ist zumindest die Referendumsfähigkeit der Beschaffung gesichert. Wir können diesem Narrenspiel um die Kampfjetbeschaffung unbesorgt zusehen. Letzlich wird das Volk den Entscheid für oder gegen neue Kampfflugzeuge fällen können.

GSOA-VOLLVERSAMMLUNG

Internationales Bündnis gegen schwedische Kampfjets

Am 15. April fand die diesjährige GSoA-VV im Restaurant Kreuz in Solothurn statt. Die schwedischen Kampfflugzeuge und der arabische Frühling waren die beiden Themen-schwerpunkte. Von Stefan Dietiker

Gleich zu Beginn der Vollversammlung ging ein Raunen durch die Reihen. Die Vorstellungsrunde zeigte, dass neben den TeilnehmerInnen aus allen Ecken der Schweiz auch dieses Jahr wieder jemand von der Gruppe Giardino zur GSoA abdelegiert wurde, um sich unsere Ideen und Strategien anzuhören. Leider konnte der adrette Herr nur bis zum Mittagessen bleiben. Die Regionalgruppen berichteten über die vielen Aktionen gegen die neuen Kampfjets, zur Streubombenkonvention, gegen Kriegsmaterialexporte und über das fleissige Sammeln für die Wehrpflichtinitiative. Ein selbstproduzierter Film fasste schliesslich das ereignisreiche 2011 zusammen.

Swedish-Swiss Alliance Against Fighter Jets

Der Vormittag stand im Zeichen der Kampfjetbeschaffung. Nach kurzer Diskussion beschloss die Vollversammlung, das Referendum gegen den Kauf des Gripen zu ergreifen. Höhepunkt war jedoch der Vortrag von Rolf Lindal von der schwedischen Friedensorganisation SPAS. Rolf erklärte, dass SPAS seit dreissig Jahren das Projekt Gripen begleite. Er zeigte die Entwicklung des Gripen und die Abhängigkeit von Saab vom schwedischen Staat auf. Wenn der Gripen nun keinen neuen Käufer finde, wäre dies die grosse Chance seine Weiterentwicklung zu stoppen. Darum Rolfs Aufruf: «Help us to ground Gripen!» Da lässt sich die GSoA nicht zwei Mal

bitten und gründete an der Vollversammlung zusammen mit SPAS ein Bündnis, die «Swedish-Swiss Alliance Against Fighter Jets». Ziel des Bündnisses ist ein stetiger Austausch von Informationen und Wissen, um den Schweizer Kauf und damit die Weiterentwicklung des Gripen zu stoppen.

Jasmin für den Arabischen Frühling

Nach dem schmackhaften Mittagessen war der Nachmittag ganz dem Arabischen Frühling gewidmet, insbesondere der Demokratiebewegung in Syrien. Hartmut Fähndrich, berühmter Übersetzer arabischer Literatur, beschrieb am Beispiel von drei Büchern, wie sich der Umgang mit Repression verändert habe. Dabei machte er deutlich, dass die Veränderungen, die wir jetzt erleben, sich schon in den letzten drei, vier Jahren vor den Aufständen abzeichnen begannen.

Nach diesen theoretischen Ausführungen gab der aus Syrien stammende Shadi Aman vom Kollektiv Jasmin in Genf einen sehr persönlichen Einblick in die Protestbewegung in Syrien. Er selber steht durch Freunde und Familie in Syrien im ständigen Kontakt mit den DemonstrantInnen. Er wies auf die unterschiedlichen beteiligten Gruppierungen hin und verschaffte ein lebendiges Bild der Proteste. Gemäss seiner Einschätzung sind die meisten Oppositionellen gegen eine Einmischung von aussen und gegen die Militarisierung des Protestes. Damit dies so bleibe, brauche es grosse Proteste überall auf der Welt. Darum versucht Jasmin über Facebook den friedlichen Protest weiter zu tragen und zu mobilisieren. Der Arabische Frühling gehöre dem arabischen Volk und nicht den AmerikanerInnen oder FranzöserInnen.



Rolf Lindal von SPAS und Jo Lang besiegeln das Bündnis

114



15

KAMPFJETBESCHAFFUNG

Das Geschäft der Antidemokraten

Die Kommunikation rund um die milliarden-teure Kampfjetbeschaffung ist ein heilloses Durcheinander. Eine aus demokratiepolitischer Sicht höchst bedenkliche Aussage blieb fast unbeachtet: Ueli Maurer kündigte an, wie er im Falle einer Volksabstimmung die Bevölkerung hinter Licht führen will. Von Martin Parpan

Wir erinnern uns: Im Oktober 2009 hat Ueli Maurer im Bundesrat den Verzicht auf die Beschaffung von Kampfflugzeugen beantragt. Maurer begründete den Antrag damals mit neuen Berechnungen zu den Kosten. Wenn die Ausgaben für Unterhalt und Trainingsinfrastruktur mitberücksichtigt würden, kämen die Jets wesentlich teurer zu stehen als ursprünglich angenommen. Basierend auf dieser Erkenntnis gab der VBS-Vorsteher damals zu Protokoll, dass für ihn die erste Priorität nicht bei der Luftwaffe liege. Dringender sei es, Lücken bei der Logistik, bei den Bauten, bei der Bewaffnung sowie bei der technischen Ausrüstung des Heeres zu schliessen. Zusammengefasst: Ueli Maurer betrachtet neue Kampfjets aus militärpolitischer Sicht als nicht dringlich. Die Armee hat in seinen Augen auch ohne Kampfjets eine Existenzberechtigung.

Im Tal des Durcheinanders

Dann folgte das bereits erwähnte Durcheinander. Rechte und bürgerliche ParlamentarierInnen holten die Kampfjets aus der Versenkung und heckten einen nebulösen Finanzierungsplan aus, mit dem die Jet-Beschaffung am Volk vorbei geschmuggelt werden sollte. Maurer verschob den erwarteten Beschaffungszeitpunkt in

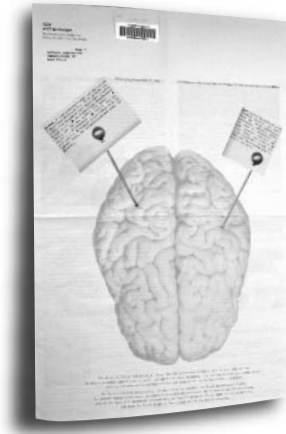
regelmässigen Abständen einige Jahre nach hinten und dann wieder nach vorne. Der Gripen wurde trotz des Prädikats «ungenügend» über Nacht plötzlich wieder zur «ersten und besten Wahl für die Schweiz» und Maurer schwankte bei seinen Aussagen über die Beschaffungs- und Unterhaltskosten innerhalb von Wochenfrist im Bereich von Hunderten von Millionen Franken.

Im Dezember vergangenen Jahres erschien eine repräsentative Umfrage, die klar machte, dass eine Mehrheit der Bevölkerung den Kauf neuer Kampfjets für unnötig hält. 64 Prozent der Befragten möchten keine neuen Jets. Wenn zu Gunsten der Kampfjets in anderen Departementen gespart werden müsste, würden gar vier von fünf der Befragten auf die Jets verzichten. Die Zahlen machten deutlich, dass sich die Bevölkerung nicht sicherer fühlt, wenn am Schweizer Himmel noch mehr Rüstungsmilliarden herumfliegen. Man hat genug vom Geschäft, das vor allem durch kommunikative «Loopings» von sich reden macht.

Die angekündigte Täuschung

Angesichts dieser Tatsachen war Maurer die Lust am Argumentieren offensichtlich vergangen. Und so gab jener Politiker, der sich sonst so gerne als Vollstrecker des Volkswillens darstellt, bekannt, wie er ein allfällige Volksabstimmung gewinnen will. In einem Interview kündigte er an, dass er die Kampfjetbeschaffung zu einer Frage für oder gegen die Armee machen werde. Somit will derselbe Bundesrat, welcher im Herbst 2009 den Verzicht auf die Jets beantragt hatte, in einer Volksabstimmung diese Jets zur Schicksalsfrage der Armee umfunktionieren.

Mit dieser dreisten Ankündigung hat Maurer bewiesen: Er ist bereit, das Volk hinter Licht zu führen, wenn er dadurch ein Prestigeprojekt verwirklichen kann. Zudem beweist Maurer mit seinem Vorgehen einmal mehr, dass er immer noch nicht begriffen hat, dass die Kampfjetbeschaffung kein Spiel ist, bei dem es einfach darum geht zu gewinnen. Es ist ein Milliarden-geschäft, das Löcher bei der Finanzierung von Bildung, Verkehr und Umweltschutz aufreissen würde. Maurer reiht sich somit nahtlos in die Reihe jener bürgerlichen Politiker ein, die im Herbst im Parlament den Plan entworfen hatten, wie die Jets am Volk vorbeigeschmuggelt werden könnten. Die Kampfjetbeschaffung ist auf der Befürworterseite somit zu einem Geschäft verkommen, das sich fest in den Händen von «Antidemokraten» befindet.



112



117

AUFRÜSTUNG

Bomben für den Gripen

Zusammen mit den neuen Kampfflugzeugen bestellt das VBS auch Lenkbomben der neusten Generation. Die Hightech-Munition zur Bombardierung von Bodenzielen wird fast 100 Millionen Franken kosten. Von Andreas Weibel

Der Gripen-Deal umfasst nicht nur die Lieferung von Kampfjets. Zusätzlich zu den schwedischen Flugzeugen will das VBS auch eine neue Generation von Luft-Boden-Munition kaufen. Sowohl lasergestützte wie auch GPS-gesteuerte Bomben stehen auf der Einkaufsliste der Armee. Kostenpunkt für die Munition und die dazugehörige Ausrüstung: Knapp 100 Millionen Franken. Während des Krieges gegen Saddam Hussein pries die Bush-Regierung diese Waffen immer wieder als «präzisionsgelenkte Smart Bombs» für die «chirurgische Kriegsführung» an. In Tat und Wahrheit forderten solche Bomben Tausende Opfer unter der Zivilbevölkerung, weil die lasergestützten Bomben bei schlechtem Wetter ihr Ziel verfehlten und die irakische Armee die GPS-Signale störte. Man will sich nicht vorstellen, was passieren würde, sollte die Armee solche Munition im hypothetischen Ernstfall in dicht bevölkertem Gebiet einsetzen. Der Einsatz der Lenkbomben ist so riskant, dass die Luftwaffe ihn innerhalb der Schweiz nicht trainieren kann. Stattdessen hat die schwedische Regierung angeboten, der Schweizer Armee Waffenplätze in Schweden für Übungen zur Verfügung zu stellen.

Einsatzszenario: unbekannt

Wie stellt sich die Armee den Einsatz solcher Lenkwaffen vor? Immerhin war die Kampfkraft gegen Ziele am Boden bei der Auswahl der neuen Jets eines der drei zentralen Kriterien. Wenn man beim VBS nachfragt, erhält man zur Antwort: «Hinter der Beschaffung von Luft-Boden-Munition stehen keine konkreten Szenarien.» Es gehe ganz grundsätzlich um den Wiederaufbau der Befähigung zur «indirekten und direkten Unterstützung der Bodentruppen aus der Luft zur Abwehr eines militärischen Angriffs». Mit anderen Worten: Das VBS gibt Dutzende Millionen für neue Bomben aus, ohne ein halbwegs plausibles Bedrohungsszenario als Begründung nennen zu können. Der Einmarsch einer fremden Armee in die Schweiz ist ein Szenario, das mittlerweile sogar das Militär auf absehbare Zeit als gänzlich unrealistisch betrachtet.

Warum will das VBS trotzdem solche Waffen kaufen? Die Erklärung hat wohl mehr mit Psychologie und militärischem Statusdenken zu tun, als mit sicherheitspolitischen Überlegungen.

Die Schweizer Luftwaffe hat 1994 mit der Ausmusterung der Hawker Hunter die «Erdkampffähigkeit» verloren. Die F/A-18- und Tiger-Jets, welche die Armee momentan besitzt, sind nicht dafür ausgestattet, Ziele am Boden zu attackieren. Beide Kampfjets sind nur für die Luftraumverteidigung ausgerüstet, das heisst für den Kampf gegen andere Flugzeuge.



Der gekränkte Stolz der Luftwaffe

Der Verzicht auf die Erdkampffähigkeit hat während Jahren am Stolz vieler Kampfpiloten genagt. Seit der Einmottung des Hunters ist die Artillerie die einzige Truppengattung, welche die Fähigkeit zum «operativen Feuer» besitzt – eine Demütigung für die Luftwaffe. Es gibt Stimmen, die vermuten, dass der Anstoss zum Kauf neuer Kampfjets vor allem aus dem Bedürfnis der Luftwaffe heraus entstand, diese Schmach in der innermilitärischen Rivalität rückgängig zu machen. Kaum jemand bezweifelt, dass die Schweiz mit den F/A-18 über mehr als genügend Flugzeuge verfügt, um ihren Luftraum zu kontrollieren. Aus militärischer Sicht ist die wiedererlangte Erdkampffähigkeit deshalb das einzige Argument für neue Kampfjets. Ob jedoch das Parlament und schlussendlich die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger gewillt sein werden, Millionen auszugeben, um den Stolz einiger Luftwaffen-Offiziere zu befriedigen, darf bezweifelt werden.



134

FRIEDRICH DÜRRENMATT
 «Wir Schweizer sind nun einmal ein kriegerisches Volk, das fast zweihundert Jahren nie angegriffen wurde, aber sich verteidigen würde, würde es angegriffen, und zum Beweis, dass es verteidigen würde, wirft es diejenigen ins Gefängnis, welche Zivilcourage haben zu erklären, sich unter keinen Umständen verteidigen zu wollen, würden sie angegriffen. Eine Milderung für nur statt, ist nach Meinung des Militärgerichts eine religiöse Neugier im Spiel, aber ist die Überzeugung gar politisch – wie es Ihre lieber Havel –, dann fällt in der Schweiz auf den politischen Dienstverweigerer die ganze Strenge des Gerichts, wie es auf in der Tschechoslowakei fiel. So sind denn unsere Dienstverweigerer die schweizerischen Dissidenten.»

VACLAV HAVEL
 «Es zeigt sich jedoch, dass einzig der scheinbar moralischste Mensch, der es wagt, laut ein wahres Wort auszurufen, und der mit seiner ganzen Persönlichkeit dahintersteht und bereit ist, dafür zu bezahlen, hat als tausende von anderen die Wahl gewonnen.»

Für das Menschenrecht auf Militärverweigerung

autoritär und antisemitisch

E-Mail vom Appellplatz

Frei-Dr

Kommis

GSoA & VEREIN FRIEDENSTAGUNG

FESTIVAL

ARMEE ADE

IN OST & WEST

& FORUM

FR 23. Nov. 1990 ab 19 h - 1h Volkshaus & Kino
 SA 24. Nov. 1990 ab 13.30 - 24 h Universität / Aula
 SO 25. Nov. 1990 ab 12 h - 20 h Kanälezentrum

Z U E R I C H

Friedenspolitik – konkret!

Über Gren

Gruppe für eine Schweiz ohne Armee
 Basel
 PC 40-37315-5.

Ich abonniere die GSoA-Zitig (Fr. 20.-)
 Ich möchte Mitglied der Gruppe für eine Schweiz ohne Armee (GSoA) werden

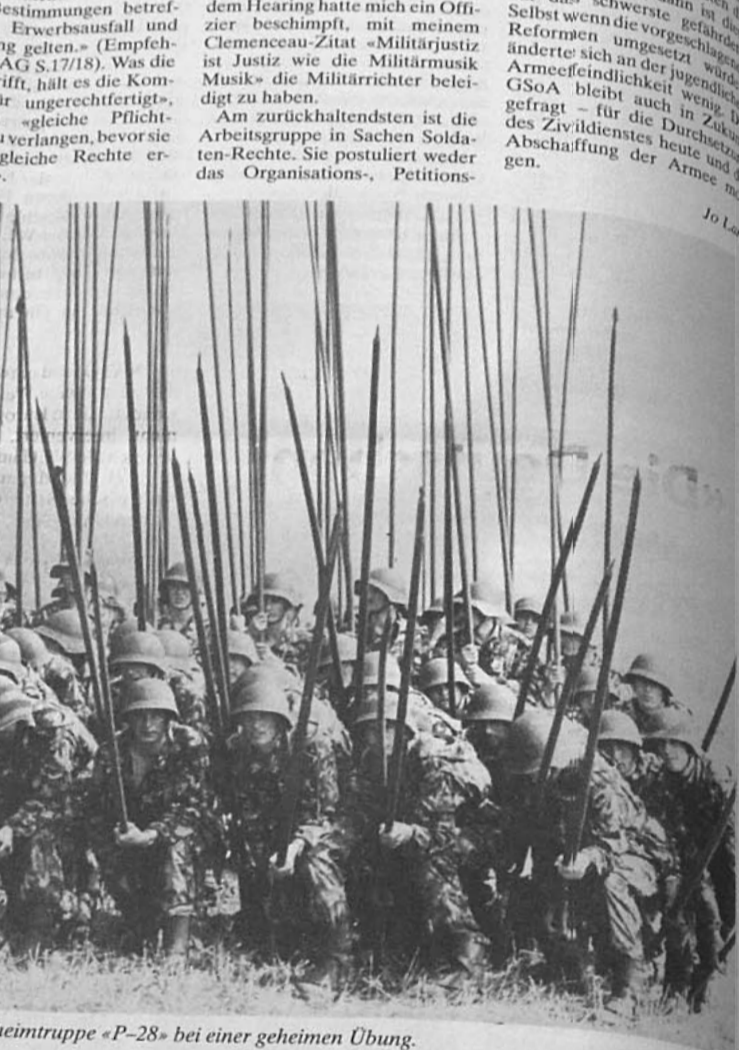
Armeereform durchzusetzen

Der Zyklistent

Widerstand gegen das Rütli-Recycling

Widerstand gegen das Rütli-Recycling

Widerstand gegen das Rütli-Recycling



GSoA-Material

STOP FA-18

STOP FA-18

STOP FA-18

STOP FA-18

Rüstungsreferendum

JA

am 5. April

Widerstand gegen das Rütli-Recycling

Widerstand gegen das Rütli-Recycling

Widerstand gegen das Rütli-Recycling

KONTAKT ZUR CEOA

KONTAKT ZUR CEOA

KONTAKT ZUR CEOA

vision

- eine Richtung
- ein Ziel
- ein Zeichen
- ein Symbol

Das GSOA-Zitig 1997 • Nr. 67

Die Geschichte der GSöA von 12.9.81 bis zur Verabschiedung der Initiative am 12.9.1986

INFO 1 (Juni 83) 40 S. Geschichte, Gründungs-VV, erste Aktivitäten, int. Debatte
INFO 2 (Sept. 83) 34 S. 13 Beiträge zur «Alternativen»
INFO 3 (März 84) 60 S. präzisierende Lancierung Dokumentationsauftrag
INFO 4 (Juli 84) 60 S. Mögl. Initiativstrategie
INFO 5 (Okt. 84) 40 S. Dial. zur «Unabhängigen Friedenspolitik», Kritik und Aussenwirkung
INFO 6 (Jan. 85) 76 S. Provisorische Initiative
INFO 7 (Juli 85) 76 S. 13 Beiträge zu Erwartungen, Hoffnungen und Kritik
INFO 8 (Febr. 86) 84 S. Lancierung «Öffenes vom Röllchen» La Davoine nach Schönbühl
INFO 9 (Juli 85) 120 S. 10 Beiträge in Aufsicht, umfangreiche Prospektionsarbeit
INFO 10 (Dezember 85) 84 S. Bericht: 5000 Unterschriften gesammelt u. Dialoggespräche
GSöA-Zitig (Info 11) März 86 Frühjahrsheft
GSöA-Zitig (Info 12) Juli 86 Sommerheft
GSöA-Zitig (Info 13) September 86 Herbstheft

Extra 86 (Info 14) 10 S. 10 Beiträge zur Initiative
GSöA-Zitig (Info 15) 10 S. 10 Beiträge zur Initiative
GSöA-Zitig (Info 16) 10 S. 10 Beiträge zur Initiative

Schlachten wir die Heilige Kuh!

Abschaffte sich aufgeschaffte Hilfe mit dem Frieden JA

GSöA-Zitig | Januar 87

Ausatz für Militärinterventionen

... gegen die geplanten baltischen Auslandseinsätze. Vielleicht wird sich die Frage des Referendums

... kommt, kommt nicht, kommt... Noch ist nicht entschieden, ob und wann wir ein friedenspolitisches Referendum stellen... von Renate Schoch und Nico Lutz

So geht es weiter

Fall des Parlamentes der Militärinterventionen...
Freitag, 6. Oktober...
Samstag, 7. Oktober...
Sonntag, 8. Oktober...
Montag, 9. Oktober...
Dienstag, 10. Oktober...
Mittwoch, 11. Oktober...
Donnerstag, 12. Oktober...
Freitag, 13. Oktober...
Samstag, 14. Oktober...
Sonntag, 15. Oktober...

GSöA-Vollversammlung

Am Sonntag, 26. Juni, 10 Uhr bis 16.30 Uhr,
(Altstadt, beim Kornhaus)

Programme:
10:00 Uhr Begrüßung
10:15 Uhr Internationaler Friedenskongress in Vaduz/Vicenza, Diskussionsrunde über die Lancierung eines Friedensreferendums oder die Einführung eines Friedensgesetzes
11:00 Uhr Referendumsentscheidungen
11:30 Uhr Referendumsentscheidungen
12:00 Uhr Mittagspause
12:30 Uhr Diskussion über die GSöA-Basis gegen die Konvention
13:00 Uhr Diskussion über die GSöA-Basis
13:30 Uhr Diskussion über die GSöA-Basis
14:00 Uhr Diskussion über die GSöA-Basis
15:00 Uhr Diskussion über die GSöA-Basis
16:30 Uhr Schlußwort

RAMPE, SET, AN!

50'000

Die Stunde, die wir bereits vorzuziehen wüssten

Gesammelte Unterschriften in den Gemeinden mit über 10'000 Stimmberechtigten. (Gemeinden nach Anzahl der Stimmberechtigten geordnet; absolute Zahlen für die ZFD-Initiative stehen in Klammern, Balkenhöhe entspricht dem Prozentsatz der Unterschriftenberechtigten, die bereits unterschrieben haben.)

1. Zug (118) (4000)
2. Zug (118) (4000)
3. Zug (118) (4000)
4. Zug (118) (4000)
5. Zug (118) (4000)
6. Zug (118) (4000)
7. Zug (118) (4000)
8. Zug (118) (4000)
9. Zug (118) (4000)
10. Zug (118) (4000)
11. Zug (118) (4000)
12. Zug (118) (4000)
13. Zug (118) (4000)
14. Zug (118) (4000)
15. Zug (118) (4000)
16. Zug (118) (4000)
17. Zug (118) (4000)
18. Zug (118) (4000)
19. Zug (118) (4000)
20. Zug (118) (4000)
21. Zug (118) (4000)
22. Zug (118) (4000)
23. Zug (118) (4000)
24. Zug (118) (4000)
25. Zug (118) (4000)
26. Zug (118) (4000)
27. Zug (118) (4000)
28. Zug (118) (4000)
29. Zug (118) (4000)
30. Zug (118) (4000)
31. Zug (118) (4000)
32. Zug (118) (4000)
33. Zug (118) (4000)
34. Zug (118) (4000)
35. Zug (118) (4000)
36. Zug (118) (4000)
37. Zug (118) (4000)
38. Zug (118) (4000)
39. Zug (118) (4000)
40. Zug (118) (4000)
41. Zug (118) (4000)
42. Zug (118) (4000)
43. Zug (118) (4000)
44. Zug (118) (4000)
45. Zug (118) (4000)
46. Zug (118) (4000)
47. Zug (118) (4000)
48. Zug (118) (4000)
49. Zug (118) (4000)
50. Zug (118) (4000)

Unterstützen für eine Schweiz ohne Armee

... gesammelt und an die Gemeinden zur Beglaubigung geschickt. Doch die Latte liegt hoch, nämlich bei 120'000 Unterschriften. Schuld daran sind nicht zuletzt die Schlampereien auf gewissen Gemeindekanzleien. Es gibt da Leute, die ihren Job offenbar bei Kafka gelernt haben: Ganze Stadtverwaltungen ohne eigenes Briefpapier, von Amtsstempeln noch nie was gehört (Tip nach Yverdon-Jes-Bains: den Misdand mit Herköpfer-Stempeln überbrücken); reiche Gemeinden die auch nach mehreren Support nicht bis 2 Initiativen zählen können und ungeniert die Hälfte der Unterschriften als «Doppel» streichen; und natürlich unzählige Rechenfehler, die eine Kuhzahl aus ihrem Abakus verloren haben.

Ganz besonders toll geht es im Kanton Genz und hier. Es gibt dort Gemeinden – das Sammelkollektiv «Roter Kugelschreiber» grüßt Collonge-Bellerive! – welche ihre Stimmregister genau einmal jährlich updaten. Wer also das Pech hat, seine stammbürgerliche Wölflingkeit an einem x-beliebigen Datum zu erreichen (das soll ja vorkommen)...

Auch GSöA-Tafeln wurden beschneitelt

... wurden wir einen weiteren gemeinsamen Sammeltag mit Ständen in mindestens 30 Stützorten. Soll niemanden aufschlagen, schaffen wir sicher ein AS.

Wir waren uns bei der Lancierung der Initiative bewus: Die Unterschriften-Sammlung wird kein Sonntagspaziergang sein. Wir werden uns bei der Lancierung der Initiative bewus: Die Unterschriften-Sammlung wird kein Sonntagspaziergang sein.

35,6% der GSöA-Tafeln wurden unterschrieben

Sammlung von Plakaten und Broschüren

Ceci n'est pas une fatalité

L'ARMEE N'EST PAS LE SEUL MOYEN DE MAINTENIR LA PAIX?

Für eine Schweiz ohne Armee

JA

15. SEP. 1997



96



125

SICHERHEITSPOLITISCHE DEBATTEN

Privatisiertes Gewaltmonopol

Im Luzernischen, am grossen Tisch im Obergeschoss eines urchigen Gasthofs, sitzt eine Runde von GSoAInnen und diskutiert. Thema des heutigen Abends ist die Auslagerung ehemals staatlicher Sicherheitsaufgaben an Private. Von Nikolai Prawdzic.

Es ist die dritte Veranstaltung dieser Art, welche die GSoA innert zwei Wochen durchführt, die vierte folgte in St. Gallen. Die Themen reichen von der Ergreifung des Gewaltmonopols durch den Staat bis hin zur aktuellen Entwicklung, in der der Staat vermehrt die Gewalt an Private abgibt. Die Anwesenden diskutieren, formulieren und vertiefen Thesen und suchen Lösungen. Gesprächsstoff liefert die Frage nach den Folgen

der Privatisierung von Sicherheitsaufgaben. Nicht nur Grossmächte ziehen heute gemeinsam mit Privatarmeen in den Krieg, auch in kleinen Staaten wie der Schweiz wird tüchtig ausgelagert. Beispielsweise in Gemeinden, die aus Kostengründen auf Polizisten verzichten und lieber die Securitas engagieren, oder in den Zügen, wo die halbprivaten Securitrans für «Sicherheit» sorgt. In den vergangenen Jahren war eine zunehmende Auslagerung von ehemals staatlichen Aufgaben an Private zu beobachten; das Geschäft mit der Sicherheit wurde laufend ausgebaut.

Interessiert an einem Gefühl der Unsicherheit

Die Frage steht im Raum, was denn nun die Folgen sind, wenn die Bevölkerung Sicherheit auf dem Markt beziehen muss: Ist es nur die Abhängigkeit von Privaten, die aufhorchen lässt? Oder auch die Tatsache, dass Firmen an der Sicherheit – respektive an der Unsicherheit – ihr Geld verdienen?

Einer der Veranstaltungsteilnehmer unterstreicht den Unterschied zum Modell, bei dem Sicherheit Teil des Service Public ist, und fügt hinzu, dass die Sicherheitsfirmen im Gegensatz zum Staat grundsätzlich daran interessiert seien, dass sich die Bevölkerung unsicher fühlt. Eine andere Anwesende stimmt ihm zu und stellt die These auf, dass die Interessenlage der Sicherheitsindustrie dazu führt, dass mit der laufenden Privatisierung des Gewaltmonopols auch das Unsicherheitsgefühl zunimmt. Weitere spannende Fragen und Gedankengänge folgen.

Die Basis der Diskussion bildet das Referat der beiden aus Zürich angereisten GSoA-Sekre-

tärInnen, die mit einem kurzen historischen Abriss über das Söldnerwesen und die Übernahme des Gewaltmonopols durch den Staat den Anfang machen. Der Schwerpunkt des Referats liegt auf den Entwicklungen der letzten zwei Jahrzehnte, zum Beispiel im Irak: Schätzungen gehen von 20'000–50'000 Söldnern aus, die zeitweise im Land im Einsatz standen. Ende Jahr sind die letzten westlichen Truppen abgezogen und die Immunität von Söldnern vor irakischen Gerichten wurde aufgehoben. Einige der Anwesenden fragen, ob nach dem Ende der Besetzung die Militärfirmen keine Aufträge mehr hätten. Die Antwort der Referierenden ist ernüchternd. Ein Teil der über 150 amerikanischen Sicherheitsfirmen, die im Irak tätig waren, blieb dort und hat sich noch weitere Aufträge angeln können, beispielsweise in Libyen, der neuen Goldgrube westlicher Söldnerfirmen. Auf Afghanistan ist ebenfalls weiter Verlass, und weitere Krisengebiete wie Somalia sorgen für volle Auftragsbücher. Wo ein Machtvakuum herrscht, gibt es Geld zu verdienen, so die Devise der Kriegsindustrie.

Es ist zehn Uhr, der Abend neigt sich dem Ende zu. Ein Fazit? Es steht nicht gut um die Sicherheitspolitik. International, wie auch im Inland florieren Sicherheitunternehmen, Staaten geraten in deren Abhängigkeit. Kriegspräsidenten setzen auf Private und schieben die Verantwortung an diese ab. Die Lösung? Noch aktiver für eine Sicherheitspolitik einsteigen, die Realitätsbezug schafft, den Privatisierungstendenzen Einhalt gebietet und sich für eine Schweiz einsetzen, die sich auf der Weltbühne ohne Verlogenheit für Abrüstung, Menschenrechte und Demokratie einsetzt.



WEHRPFLICHT AUFHEBEN!

Vision eines freiwilligen Zivildienstes

Am 29. April veranstaltete die GSoA im Rahmen des 1.Mai-Festes in Zürich eine Podiumsdiskussion unter dem Titel «Allgemeine Dienstpflicht vs. freiwilliger Zivildienst». Auf dem Podium diskutierten Alec von Graffenried, Katharina Prelicz-Huber, Miguel Garcia und Nikolai Prawdzic. Von Cordula Bieri

Bei der Unterschriftensammlung für die Initiative «Ja zur Aufhebung der Wehrpflicht» war eines der wiederkehrenden Gegenargumente, dass die Schweiz eine allgemeine Dienstpflicht benötige, w alle BürgerInnen in die Pflicht nimmt. Selbst bei MilitärflichtgegnerInnen war dieses Argument teilweise zu vernehmen, weshalb wir uns dazu entschlossen haben, das Thema in Form eines Podiums zu diskutieren.

Alec von Graffenried, Nationalrat der Grünen Bern, befürwortet eine allgemeine Dienstpflicht, weil er befürchtet, dass nach einer Aufhebung der Wehrpflicht nur noch wenige einen Dienst leisten würden. Miguel Garcia von Civiva, dem Verband für Zivildienstleistende, teilte diese Befürchtung nicht. Er konstatierte, dass die Zivildienstleistenden über eine hohe Eigen-

motivation verfügen. GSoA-Sekretär Nikolai Prawdzic ergänzt, dass in der Schweiz sehr viele Menschen freiwillig unbezahlte Arbeit leisten, was darauf schliessen lasse, dass es auch in Zukunft genügend Leute geben wird, die sich engagieren wollen. Natürlich unter der Voraussetzung, dass sie einen Sinn in der Arbeit sehen, der vor allem beim Militärdienst vermisst wird. Dazu kommt, dass ein freiwilliger Zivildienst durch den Erwerbsersatz entlohnt wird, der zumindest die Lebenskosten deckt.

Alec von Graffenried gab daraufhin zu bedenken, dass die Anzahl Freiwilliger in den letzten Jahren stetig gesunken ist. VPOD-Präsidentin Katharina Prelicz-Huber konterte, dass dieser Rücklauf weniger auf die fehlende Motivation zurückzuführen sei als auf die Situation auf dem Arbeitsmarkt. Den Menschen fehle schlichtweg die Zeit und Energie, um neben der alltäglichen Erwerbsarbeit noch freiwillig engagiert zu sein. Die einen haben keine Arbeit, die anderen arbeiten bis zur Erschöpfung. Eine Dienstpflicht würde die letzteren nur noch mehr unter Druck setzen. Eine generelle Arbeitszeitreduktion würde dazu führen, dass es mehr Raum gäbe, um freiwillig tätig zu sein.

Dienstpflicht als Schmelztiegel?

Ein weiteres Argument, das von Alec von Graffenried für eine allgemeine Dienstpflicht hervorbrachte, fokussierte auf die Dienstpflicht als Schmelztiegel, welcher Menschen unterschiedlicher Hintergründe zusammenbringe. Nikolai Prawdzic entgegnete, dass bereits heute, wo es für die Männer eine Dienstpflicht gibt, nur zwei Drittel diese auch wahrnehmen. Es sei festzustellen, dass vor allem Männer aus der Stadt die Dienstpflicht umgingen. Die Rekrutenschule als Meltingpot gibt es schon lange nicht mehr. Zudem sind Frauen von der Dienstpflicht ausgenommen und niemand würde wohl behaupten, dass Frauen weniger gut in unsere Gesellschaft integriert seien als Männer.

Vor einiger Zeit stand auch die Forderung von Ueli Maurer im Raum, die Dienstpflicht auf Frauen auszuweiten. Besonders weil Frauen heute immer noch den grössten Teil der unbezahlten Arbeit leisten, fand Katharina Prelicz-Huber diesen Vorschlag eine Frechheit. Auch wäre dieser kaum umsetzbar. Miguel Garcia stellte fest, dass es nicht immer einfach sei, arbeitsmarktneutrale Einsatzstellen zu finden. Arbeitsmarktneutral bedeutet, dass der Einsatz

den Arbeitsmarkt nicht beeinflussen darf. Bereits der Anstieg der Zivildienstleistenden durch die Abschaffung der Gewissensprüfung habe diesbezüglich zu Engpässen geführt.

Fazit

Zum jetzigen Zeitpunkt ist es vor allem wichtig, die Angriffe der Bürgerlichen auf die Stellung des Zivildienstes abzuwehren. Aus ideologischen Gründen ist dieser den konservativen Kräften dieses Landes ein Dorn im Auge. Ein erster Schritt in die richtige Richtung wäre die Gleichstellung des Zivildienstes mit dem Militärdienst.

Die Vision eines freiwilligen Zivildienstes würde einen Zivildienst für Männer und Frauen frei von jedem Zwang ermöglichen. Die Initiative «Ja zur Aufhebung der Wehrpflicht» bringt uns dieser Vision einen grossen Schritt näher.



FIS HEER

Das 700 Millionen IT-Debakel

Die Armee wollte sich elektronisch vernetzen. Sechs Jahren und 700 Millionen Franken später ist klar: Ausser Spesen nichts gewesen. Von Tom Cassee

Das «Führungsinformationssystem Heer» (FIS Heer) der Schweizer Armee ist ein IT-Debakel sondergleichen. Am Anfang des finanziellen Desasters standen VBS-Planer, die von einer modernen Einsatzarmee träumten. So sollte das IT-Projekt ermöglichen, dass auch in einer entfernten Einsatzzentrale der Armee sichtbar wird, wo sich Soldaten und Fahrzeuge genau befinden. Diese wollten die Generäle dann aus der Ferne kommandieren. Das Parlament bewilligte mit den Rüstungsprogrammen 2006 und 2007 über 700 Millionen Franken für FIS Heer. Mit dem Geld wurden Sensoren, Computer und Software gekauft.

Innere Einsätze

Mit FIS Heer sollte bei Einsätzen im Inland die Koordination mit den zivilen Behörden verbessert werden. Im Klartext heisst das: Die Armee sollte effizienter Funktionen der Polizei übernehmen können. Auch deshalb sprach sich die GSoA vehement gegen FIS Heer aus. Heute zeigt sich, dass die Bedenken der GSoA berechtigt waren. Doch die Armee kann FIS Heer nicht in Betrieb nehmen. Die Neue Zürcher Zeitung enthüllte vor einigen Wochen, dass auch heute noch ganze Hallen in Thun mit originalverpackten elektronischen Geräten für FIS Heer gefüllt sind. Das System funktioniert

nicht. Die Armee ist unfähig die Geräte miteinander zu vernetzen und auch das militärische Übermittlungssystem ist nicht operabel. Um die Mängel zu beheben, wären Dutzende weitere Millionen nötig. Sollte Bundesrat Ueli Maurer diese bewilligen, wäre das System frühestens Mitte des Jahrzehnts einsatzfähig. Und dann sind die ersten Computer bereits wieder so veraltet, dass neue gekauft werden müssten. Deshalb liegt das Projekt vorläufig auf Eis.

Millionen für Rüstungsfirmen, keine unabhängige Untersuchung

700 Millionen Franken hat die Armee verschleudert. Nur für die Rüstungsfirmen wie Ascom, Thales Schweiz und Ruag hat sich das ganze Projekt gelohnt. Das IT-Desaster führte zu internen Untersuchungsberichten des VBS-Inspektorats und der Armasuisse. Beide Prüfungsinstitutionen sind armeefreundlich gesinnt. Doch die Missstände scheinen so gravie-

rend zu sein, dass selbst die armeenahere Arbeitsgruppe FIS Heer der Rüstungskommission im März 2011 deutlich Worte fand. Sie schreibt, dass «das Bewusstsein für Interessenkonflikte wenig ausgeprägt ist und in der Projektauficht sich projektverantwortliche Stellen selber kontrollieren, was unzulässig ist». Dennoch sah Bundesrat Ueli Maurer von einer wirklichen Untersuchung ab. Zwar kündigte er im Oktober 2010 noch an, dass eine Administrativuntersuchung klären soll, wie 700 Millionen Franken verschleudert werden konnten. Doch im November 2011 blies er die Untersuchung wieder ab.

Der scheinheilige Bundesrat

Bundesrat Ueli Maurer agiert bei Problemen immer gleich: Aktiv kommuniziert er Missstände, schiebt diese seinem Vorgänger in die Schuhe und kündigt rigorose Massnahmen an. Doch dann überlegt er es sich anders und hofft, dass Medien und Öffentlichkeit sich nicht mehr an seine Versprechen erinnern können. Mit seiner Strategie kommt er bislang ziemlich ungeschoren davon. So erstaunt es nicht, dass er im März diesen Jahres angekündigt hat, anhand einer neuen Analyse dem Parlament eine Entscheidungsgrundlage zu präsentieren, wie mit FIS Heer weiterverfahren werden soll. Ueli Maurer ist Meister darin, sich vor Verantwortung zu drücken und andere für sich entscheiden zu lassen. So versucht er sich immun zu machen gegenüber armeeinternen und -externen KritikerInnen.

700 Millionen im Eimer – Schrott ist alles was von FIS Heer übrigbleibt



DATENCHAOS IN DER ARMEE

Beamte auf Waffensuche

Von 27'000 ehemaligen Soldaten weiss die Schweizer Armee nicht, ob sie ihre Dienstwaffen abgegeben haben oder nicht. Jetzt werden die Dienstbüchlein eingefordert, um die verlorenen Informationen nachzutragen. Doch wie sorgfältig geht die Armee dabei vor? Eine wahre Geschichte über Schlamereien im VBS. Von Seraina Patzen

27'000 Datensätze über persönliche Ausrüstungen ehemaliger Soldaten hat die Armee verloren. Glücklicherweise sind die verlorenen Informationen zusätzlich im Dienstbüchlein eingetragen. Deshalb werden momentan 27'000 Personen schriftlich aufgefordert, ihr Dienstbüchlein einzuschicken, damit die Armee überprüfen kann, wer noch eine Waffe zuhause im Schrank stehen hat, die eingezogen werden sollte.

Doch die folgende Geschichte zeigt, dass das VBS auch hier nicht sorgfältig arbeitet. Die Armee nimmt die Situation nicht ernst genug und versucht nur vordergründig, die verlorenen Informationen wiederzuerlangen.

«Einfach als OK markieren»

So berichtet ein ehemaliger Angehöriger der Armee, dass er einen dieser 27'000 Briefe mit der Aufforderung erhielt, doch bitte sein Dienstbüchlein einzuschicken. Der Betroffene befand sich zu diesem Zeitpunkt aber für längere Zeit im Ausland, weshalb der Brief seine

Mutter erreichte. Diese rief pflichtbewusst sofort den zuständigen Sachbearbeiter an und erklärte ihm, dass ihr Sohn sich mit seinem Dienstbüchlein im Ausland befinde.

Da wusste der Sachbearbeiter dann auch nicht mehr so recht weiter. Was macht man nur, wenn jemand im Ausland ist? Wahrscheinlich hat er für einen solchen Fall keine Anweisungen erhalten, und ohne Anweisung einen Brief ins Ausland zu schicken oder die Mutter um eine Telefonnummer oder sonstige Kontaktdaten ihres Sohnes zu bitten, wäre etwas gar viel Engagement für einen Beamten im VBS. Vielleicht wäre die Mutter ja sogar bereit gewesen, ihren Sohn selbst anzurufen und zu fragen, ob er sein Dienstbüchlein nicht vielleicht einschicken könnte?

Aber eben, dies wäre anscheinend alles zu viel verlangt. Stattdessen meinte der freundliche Sachbearbeiter zur Mutter, sie solle sich keine Sorgen machen. Er könne ihren Sohn im System einfach als OK markieren. Damit habe sich für sie dann alles erledigt, das sei doch das Einfachste.

Wenn das VBS eine Bank wäre

Stellen wir uns vor, ein anderes Unternehmen würde ähnlich vorgehen. Nehmen wir zum Beispiel an, eine Bank würde 27'000 Datensätze über KundInnen verlieren. Die Bank wüsste von diesen 27'000 KundInnen nicht mehr mit Sicherheit, wer welchen Kredit aufgenommen hat

und wer wie viel Geld auf dem Konto hat. Und das, weil sie beim Abschreiben von handgeschriebenen Karteikarten Daten nicht übertragen hat. Die Bevölkerung würde hysterisch werden. Die Bank wäre mit Sicherheit ruiniert.

Stellen wir uns weiter vor, die Bank würde versuchen, das Ganze zu vertuschen, und die KundInnen würden aufgefordert ihre Unterlagen über ihre Bankbeziehungen einzuschicken. Nun gäbe es aber einen Kunden, der gerade nicht erreichbar wäre. Der Bankangestellte würde die Sache wohl kaum auf sich beruhen lassen. Er würde alle Hebel in Bewegung setzen, um diesen Kunden zu erreichen, weil jede gewonnene Information von unschätzbarem Wert für die Bank wäre.

Man könnte einwenden, das sei ja nicht das Gleiche, es gehe schliesslich nicht um Geld. Ja genau, es geht nicht um Geld. Viel schlimmer – es geht um Waffen.

Wer weiss denn jetzt, ob der besagte ehemalige Angehörige der Armee, seine Waffe ordnungsgemäss abgegeben hat? Eine seriöse Prüfung sieht auf alle Fälle anders aus. Schon dass bei der Übertragung und Zusammenführung von Daten 27'000 Datensätze verloren gingen, ist ein Skandal. Dass dann aber wenigstens diese wichtigen Informationen seriös wiederhergestellt werden, sollte selbstverständlich sein. Schliesslich geht es hier nicht um Kleinigkeiten, es geht um Waffen – um Waffen, die zu Tatwaffen werden können.



123

68



100

BUCHREZENSION

Schwarzbuch Waffenhandel

Das seit kurzem auf Deutsch erhältliche Buch «Schwarzbuch Waffenhandel – Das globale Geschäft mit dem Tod» von Andrew Feinstein ist eine detailreiche Analyse des schmutzigen Geschäftes mit Waffen. Von Adi Feller

Feinsteins Zugang zu diesem Thema ist ein direkter und persönlicher. Als Parlamentarier des ANC in Südafrika war er in der parlamentarischen Kommission, die sich mit Rüstungsgeschäften befasste. Dabei musste er mit ansehen, wie die junge Demokratie nach Ende der Apartheid viel Geld für Waffen ausgab, statt damit die sozialen Probleme des Landes zu lösen.

Geplant war der Kauf von Kriegsschiffen sowie Kampfflugzeugen des Typs Gripen. Insgesamt sollten dafür fünf Milliarden Pfund ausgegeben werden. Der weltweit zweitgrösste Rüstungskonzern BAE hatte sich mit der neuen Regierung gut gestellt und via Mittelsmänner bis zu 100 Millionen Pfund an Bestechungsgeldern zur Sicherung des Geschäftes bezahlt.

Als Parlamentarier der zuständigen Kommission begann Feinstein mit der Untersuchung der Korruptionsvorwürfe. Doch die Arbeit der Kommission wurde immer stärker behindert. Feinstein bekam aus höchsten Regierungskreisen und Parteiämtern zu spüren, dass eine genauere Untersuchung politisch nicht gewünscht sei. Im Jahre 2001 trat er aus Protest gegen die Einstellung der Untersuchung zurück und lebt seither als Journalist in London. Feinstein arbeitet seine persönlichen Erfahrungen im Buch ein und zeigt anschaulich die Folgen des Waffenhandels und die Hindernisse bei der Aufklärung von Korruption auf.

Ein Schwerpunkt von Feinsteins Buch liegt auf British Aerospace (BAE). Dies ist der zweitgrösste Rüstungskonzern weltweit, der zusammen mit Saab das Joint Venture Gripen International gründete, um die Gripen Kampffjets an Südafrika zu verkaufen (und dasselbe jetzt in der Schweiz versucht). Bei diesen Verhandlungen wurde wie immer mit Kompensationsgeschäften geworben. Wie diese konkret aussahen zeigt ein erhellendes Beispiel. In der südafrikanischen Stadt Port Elizabeth sponserte BAE die Renovierung von Heizbädern mit drei Millionen Dollar sowie eine Werbekampagne in Schweden zur Ankurbelung des südafrikanischen Tourismus. Für diese kleine Investition konnte sich Gripen International allein im Jahre 2005 Gegengeschäfte im Wert von 218 Millionen Dollar anrechnen lassen. Denn für jedeN Schwedische BesucherIn in Südafrika durfte Gripen International fast 4'000 Dollar geltend machen.

Dass politische Einflussnahme auch in andern Ländern gang und gäbe ist, bestätigte sich bald darauf ein weiteres Mal. So musste Feinstein in London mit ansehen, wie die britische Antikorruptionsbehörde SFO (Serious Fraud Office) ihre Untersuchung über die Korruptionspraktiken der britischen Rüstungsindustrie, allen voran BAE, einstellte. Dies geschah einerseits aufgrund grossen politischen Drucks seitens der britischen Regierung. Andererseits unterzeichnete BAE auch ein Schuldeingeständnis für die Anwendung korrupter Praktiken. Dafür musste die Firma eine Strafe von 286 Millionen Pfund bezahlen. Gleichzeitig konnte sie mit diesem Schachzug aber verhindern, dass die Strafbehörden ihre Untersuchungsergebnisse veröffentlichten.

Schweizer Bankkonten, geheime Verträge und ein Bundesgerichtsurteil

Natürlich darf auch die Schweiz in diesem Buch nicht fehlen. Beispielsweise mit den Waffengeschäften des notorischen Waffenhändlers Heinrich Thomet. Immer wieder schreibt Feinstein auch über Schweizer Bankkonten und Tarnfirmen, über die Bestechungsgelder verschoben wurden. Ebenso wurde die Schweiz für eine besondere Form der doppelten Vertragsunterzeichnung verwendet. So wurde bei einzelnen Waffengeschäften von BAE zuerst in London ein normaler Vertrag unterzeichnet und kurz darauf in der Schweiz ein zweiter Vertrag. In diesem wurde die Zahlung der Bestechungsgelder via Mittelsmänner festgelegt. Diese lagen in der Höhe von einigen dutzenden bis zu hunderten von Millionen Franken. Extra für solche Vertragsunterzeichnungen mietete BAE Büros in Genf.

Dass Feinstein in seinem Buch auch Waffenhändler interviewt und zu Wort kommen lässt, macht einen besonderen Reiz des Buches aus. So zeigen sich darin immer wieder die teilweise skurrilen Moralvorstellungen von im Waffenhandel tätigen Personen. Der armenisch-libanesische Waffenhändler Joe der Hovsepian hatte während des Jugoslawienkrieges in Verletzung eines UNO-Embargos Waffen an die kroatische Regierung geliefert. Diese weigerte sich jedoch anschliessend, den gesamten geforderten Preis zu bezahlen. Darauf verklagte der Waffenhändler vor Schweizer Gerichten den kroatischen Staat. Das Bundesgericht urteilte, dass zwar allein der Bruch eines UN-Embargos (die Schweiz war damals noch nicht Mitglied der UNO) die Auflösung des Vertrages nicht rechtfertigte, dass jedoch

die Waffenlieferung nach Kroatien unethisch war und sowohl die schweizerische, wie auch die universelle öffentliche Ordnung verletzte.

Waffenhandel zerstört Demokratien

Der Fall von Südafrika, aber auch der Umgang der britischen Regierung mit ihrem Rüstungskonzern und der Untersuchung seiner Geschäfte, bezeugen einmal mehr, dass nicht nur illegaler Waffenhandel ein Problem ist. Auch der ganz gewöhnliche und legale zwischenstaatliche Handel mit Waffen lässt eine ganze Schattenwirtschaft an LobbyistInnen und BeraterInnen von Provisionen leben und mit Millionenbeträgen PolitikerInnen und Parteien beeinflussen und bestechen. Dass die Mischung aus militärischer Geheimniskrämerie, Geheimdiplomatie und Staatsraison zur Vertuschung der Korruption und zur Unterdrückung parlamentarischer wie juristischer Untersuchungen führt, erstaunt nicht. Dabei sollte – spätestens nach der Lektüre des Buches – klar sein, dass auch die westlichen Demokratien vor solchen Praktiken nicht gefeit sind.

Andrew Feinstein



31



RÜSTUNGSINDUSTRIE

Der Tod kommt nicht nur vom Bodensee

Am Ostermontag fand am Bodensee sowohl auf Schweizer Seite, in Arbon und Steinach, wie auf deutscher Seite in Friedrichshafen, eine internationale Kundgebung für eine rüstungsfreie Zone Bodensee statt. Von Heinrich Frei

Rings um den Bodensee haben sich zahlreiche Firmen angesiedelt, die Kriegsmaterial herstellen: Mowag, Rheinmetall, Diehl, Liebherr, EADS, Vectronix, Swissarms, Hartchrom, usw. (Mehr Infos unter: www.waffenvombodensee.com) Die Produkte dieser Unternehmen kommen auch in Afghanistan zum Einsatz. Dort wird seit über zehn Jahren Krieg geführt. Im Krieg in Libyen stützen sich die Nato, Ghaddafi und arabische Staaten auf Waffen «Made in Germany»

und «Made in Switzerland». Waffen vom Bodensee kamen auch bei der Niederschlagung der Demokratie-Bewegung in Bahrain im letzten Jahr zum Einsatz, unter anderem Panzerwagen Saudi-Arabiens von der Mowag aus Kreuzlingen eine Firma die heute im Besitz des US-Rüstungskonzerns General Dynamics ist.

Der Tod kommt auch vom Zürichsee

Nötig wäre heute nicht nur eine rüstungsfreie Zone Bodensee. Auch in Zürich wäre die Umstellung der Rüstungsproduktion auf zivile Güter nötig, unter anderem bei Rheinmetall (früher Oerlikon Bührle) und ihren Zulieferfirmen. Wichtig wäre auch, dass sich die Zürcher Kantonalbank, die UBS und die Credit Suisse aus dem Rüstungsgeschäft zurückziehen würden. Die beiden Grossbanken Credit Suisse und UBS hatten zwar bereits 2010 ihren Rückzug aus der Rüstungssparte angekündigt. Das haben sie aber nicht getan. Die UBS investiert – im «Kundenauftrag» wie sie entschuldigend festhielt – weiterhin in den Streubombenhersteller Textron und zwar so massiv, dass sie zu den zehn grössten institutionellen Anlegern gehört. Wird es im Zürcher Regierungsrat, Kantonsrat, Stadtrat oder Gemeinderat ParlamentarierInnen geben, die fordern Zürich zu einer rüstungsfreien Zone zu erklären?

Ostermarsch am Bodensee 2012 (Bild Peter Weishaupt)



87

ARMS TRADE TREATY

Schon vor den Verhandlungen gescheitert

Vom 2. bis zum 27. Juli wird die Staatengemeinschaft über den Arms Trade Treaty diskutieren, der den internationalen Handel mit Kriegsmaterial regulieren soll. Die Gefahr ist gross, dass der Vertrag zu mehr statt zu weniger Waffendeals führen wird – auch wegen der verlogenen Haltung der Schweiz.

Von Andreas Weibel

Seit mehreren Jahren wird in der Uno über einen multilateralen Waffenhandelsvertrag – den Arms Trade Treaty (ATT) – diskutiert. Ursprünglich trieben grosse Menschenrechtsorganisationen das Projekt voran. Jedoch deutet mittlerweile vieles darauf hin, dass die Schlussverhandlungen im Juli entweder scheitern werden, oder der Vertrag vor allem den Waffenproduzenten nützen wird.

Schlechte Erfahrung auf EU-Ebene

Bereits 2008 hat die EU bindende Regeln über den Umgang mit Waffenexporten verabschiedet, die sogenannte Common Position. Da alle Staaten die Common Position im Konsens annehmen mussten, beinhaltet sie nur den kleinsten gemeinsamen Nenner an Regeln. Sie enthält keine zwingenden Ausschlusskriterien für

Exportbewilligungen und kaum Instrumente zur Kontrolle des Handels mit Kriegsmaterial. Entgegen den hohen Erwartungen bei der Inkraftsetzung der Common Position liefern die EU-Staaten deshalb weiterhin Waffen in Kriegsgebiete und an Regierungen, die schwere Menschenrechtsverletzungen begehen. Schlimmer noch: Verschiedene EU-Staaten, darunter Schweden und die Niederlande, haben ihre Waffenkontrollgesetze inzwischen abgeschwächt, um sie der Common Position anzugleichen.

Es besteht die Gefahr, dass der ATT auf globaler Ebene einen ähnlichen Effekt haben wird. Die grossen Rüstungsfirmen und ihre VertreterInnen in zahlreichen Regierungen haben unterdessen begonnen, aktiv für den Abschluss eines ATT zu lobbyieren. Allerdings soll der ATT ähnlich gestaltet sein wie die Common Position: Keine zwingenden Ausschlusskriterien für Exportbewilligungen und keine wirksamen Instrumente zur Kontrolle des Handels.

Vertrag nur per Konsens aller Staaten

Die Chance ist gross, dass die Rüstungsunternehmen ihre Pläne durchsetzen können. Die Verhandlungsleiter einiger westlicher Regierungen haben sich bereits deutlich ausgedrückt.

Der ATT sei ein Waffen-HANDELS-Vertrag. Man gedenke nicht, an einer Abrüstungskonferenz teilzunehmen. Das Ziel sei stattdessen, Handelsbarrieren abzubauen.

Der Grund für den Optimismus der Rüstungsexporteure ist die Art und Weise, wie an der Konferenz im Juli über den Vertrag verhandelt werden soll. Die Staaten haben bei der Vorbereitung der Verhandlungen entschieden, dass der Vertrag nur dann abgeschlossen werden kann, wenn ihm alle Verhandlungsparteien im Konsens zustimmen.

Es ist offensichtlich, dass sich so kein griffiger Vertrag ausarbeiten lässt. Denn Staaten wie Weissrussland, der Iran oder die USA erhalten so in den Verhandlungen faktisch ein Vetorecht, obwohl sie aus unterschiedlichen Gründen nicht das geringste Interesse an einem wirksamen ATT haben.

Die Schweiz auf der Seite der Waffenschieber

Die Schweiz setzt sich in der Öffentlichkeit zwar für den ATT ein, hinter den Kulissen steht sie jedoch zusammen mit Staaten wie den Niederlanden oder den USA klar auf der Seite der Rüstungsindustrie. Das ist nicht erstaunlich,

denn es ist nicht etwa das Auswärtige Departement, das die Schweiz bei den ATT-Verhandlungen vertritt, sondern das Staatssekretariat für Wirtschaft (seco). Auch in der Schweiz gebärdet sich das seco zumeist als verlängerter Arm der Waffenproduzenten.

Die Hoffnung liegt nun auf Ländern des globalen Südens, die sich entweder aus pazifistischer Überzeugung (wie Costa Rica) oder aufgrund eigener schlechter Erfahrungen mit der Verbreitung von Kleinwaffen (wie zum Beispiel Kenia) für einen wirklich griffigen ATT ausgesprochen haben. Verträge wie die Anti-Minen- und die Streubomben-Konvention haben gezeigt, dass auch kleine Staaten viel erreichen können. Allerdings wird es viel Mut brauchen, einen faulen Kompromiss zu verhindern und nötigenfalls die Diskussionen platzen zu lassen – um neue Verhandlungen ohne Vetorecht der Waffenexporteure zu beginnen.



128

BEDROHUNGSSZENARIOEN

Cyberwar

Die Schweiz soll eine Cyber-Abwehr-Strategie erhalten. Zurzeit streiten sich Kantone und Bundesbehörden über die Zuständigkeiten. Doch was ist eigentlich dran an der militärischen Bedrohung aus dem Internet?

Von Andreas Cassee

«Cyber-Truppen werden die Kriege der Zukunft entscheiden,» titelt der «Sonntag» vom 22. April 2012. Und im Lead setzt das Blatt noch einen drauf: «Hacker-Attacken können so zerstörerisch sein wie Bombenangriffe. Experten warnen vor einem digitalen Pearl Harbor.» 50'000 bis 100'000 «Cyberkrieger» soll China bereits haben. Die USA legen nach, an den Unis gibt es bereits entsprechende Lehrgänge. Und nun soll also auch die Schweiz eine Cyber-Defence-Strategie erhalten.

Für die Rüstungsindustrie ist der vermeintliche Krieg im Netz ein lukratives Geschäft. Unlängst hat der europäische Rüstungskonzern EADS bekanntgegeben, seine entsprechenden Geschäfte in einem eigenständigen Unternehmen zu bündeln. «Cassidian CyberSecurity» bewege sich in einem wachsenden Markt, frohlockte EADS-Chef Louis Callois.

Cyberabwehr – gegen welche Bedrohung?

Irritierend ist vor allem, wie vage die Beschreibung der angeblichen Bedrohung aus dem Cyberspace oft ausfällt. Das hat einen Grund: Die Art von Angriffen, die im Internet tatsäch-

lich relativ häufig vorkommt, hat mehr mit Vandalismus und allenfalls mit Betrug gemein als mit Krieg. Das «Defacing» von Webseiten beispielsweise ist eher mit dem Sprayen im öffentlichen Raum vergleichbar als mit einem Bombenangriff.

Oder ist das eine Verharmlosung? «Stuxnet» heisst der Wurm, der seit 2010 die Fantasien der Cyber-Krieger beflügelt. Er enthielt mehrere «Zero Day Exploits», also erstmals ausgenutzte Schwachstellen, um sich per Internet und USB-Stick zu verbreiten. Sein eigentliches Ziel soll die Urananreicherungsanlage im iranischen Natans gewesen sein, wo er durch die Manipulation von Controllern des Herstellers Siemens mehrere Zentrifugen zerstört haben soll. Die Quelle des Virus ist unbekannt, es wird aber von einem westlichen Geheimdienst als Urheber ausgegangen.

Darüber, wie genau die Urananreicherungsanlage infiziert wurde, kursieren unterschiedliche Versionen. Möglich ist, dass zwar die Anlage selbst vom Internet abgehängt war, aber USB-Sticks für Updates verwendet wurden, die vorher an Internet-Computer angeschlossen waren. Denkbar ist auch, dass mit traditionellen geheimdienstlichen Methoden gezielt ein infizierter USB-Stick eingeschleust wurde. Natürlich tun die Betreiber wichtiger Infrastrukturen gut daran, Lehren aus Stuxnet zu ziehen. Und Siemens muss zweifellos über die Bücher: Bei einigen Controller-Modellen soll in der Hardware fix «Basisk» als einheitliches Passwort installiert sein. Solche Dummheiten sind tatsächlich nicht ganz ungefährlich.

Dennoch scheint die klassische Sabotage vor Ort bei Atomkraftwerken nach wie vor weit wahrscheinlicher als ein Angriff aus dem Netz.



Denn die Steuerungscomputer kritischer Infrastrukturen haben normalerweise nicht bloss keinen Internetzugang, sondern auch keine Schnittstelle, um etwa einen über das Internet infizierten USB-Stick anzuschliessen.

Pragmatische Massnahmen sind effektiver

Letztendlich sind die Gefahren, mit denen sich die Cyber-Abwehr-Spezialisten normalerweise befassen, weit banaler als Stuxnet. Von «bis zu 30 ernstzunehmenden Angriffen» pro Tag spricht Generalleutnant Kurt Herrmann, zuständig für die Cyber-Abwehr der Nato, gegenüber «Spiegel online». Um dann zu präzisieren, es handle sich meist um «mit Spionagesoftware infizierte E-Mails an einzelne Nato-Mitarbeiter». Hinter dem bedrohlichen Begriff «Cyberwar» steckt

also primär ein Phänomen, das jeder Internetnutzerin vertraut ist: E-Mails, an die angeblich ein super Foto angehängt ist, das aber komischerweise die Dateierweiterung .exe hat.

Im Nato-Kommandozentrum wurde deshalb eine rote LED-Anzeige installiert, die vor dem Öffnen von Anhängen auf den Arbeitsrechnern warnt. Eine erstaunlich pragmatische Massnahme, die auch dem VBS zu empfehlen ist. Kostenpunkt: einige hundert Franken. Grossaufträge an die Rüstungsindustrie sind dafür nicht nötig.

Die meisten Hacker-Angriffe laufen ins Leere, wenn die NutzerInnen etwas gesunden Menschenverstand walten lassen. Die Vorstellung, «Cyberkrieger» gegen Hacker zu Felde ziehen zu lassen, ist ähnlich absurd, wie die Armee auf Sprayer in der Offline-Welt zu hetzen.



133



62

GLOBAL DAY OF ACTION ON MILITARY SPENDING

Den Rüstungswahnsinn stoppen

Weltweit gegen Rüstungsausgaben protestieren, gegen die Milliarden von Steuerfranken, die Jahr für Jahr in die Kassen der Rüstungskonzerne fließen: Diesem Aufruf antimilitaristischer Gruppen folgten Hunderte. Von Nikolai Prawdzic

Am 17. April gingen weltweit an 130 Orten in 42 Ländern Menschen auf die Strasse, um gegen die noch immer wachsenden Rüstungsausgaben zu protestieren. Der diesjährige Aktionstag stand vielerorts im Zeichen der Finanzkrise. Denn eines hat die Krise gezeigt: Bei den Sparprogrammen verschuldeter Staaten kam und kommt die Armee oft glimpflich davon. Immer noch geben die Staaten Milliarden für Rüstung aus, immer noch floriert das Geschäft der Rüstungskonzerne.

Die Milliarden fließen weiter, um noch mehr, noch ausgeklügeltere Waffensysteme zu produzieren, und mit der Begründung, die Bevölkerung vor scheinbaren Bedrohungen durch scheinbare Feinde zu beschützen. Dass dabei wegen mangelnder Finanzen bei der Bildung, im Gesundheitswesen oder bei den Renten gespart werden muss, nehmen die Militärs und ihre Interessenvertreter in der Politik gerne in Kauf. Schliesslich gehe es um die Sicherheit

des Landes und diese werde durch eine möglichst schlagkräftige Armee gewahrt. Wenn in der Folge der soziale Frieden brüchig wird und junge Menschen ohne Zukunftsperspektiven auf die Strasse gehen, dann kommt das der Armee insofern gelegen, als dass sie sich durch diese Unruhen legitimiert fühlt.

Aktionen in Luzern, Bern, Genf und Zürich

Auf diese paradoxe, verdrehte Situation haben GSoAInnen am Global Day of Action on Military Spending aufmerksam gemacht. Zum Beispiel in Zürich, am Bellevue, wo in Landesfahnen eingehüllte AktivistInnen am Boden liegend die ausgezeichneten Nationalstaaten symbolisierten, die von den überhöhten Militärausgaben erdrückt werden. Zwei dicke Soldaten stellten dar, wie absurd viele Steuergelder die Armeen dieser Länder weiterhin verschlingen. Lautstark weibelten die beiden Soldaten für höhere Militärausgaben.

Auch in Bern, Luzern und Genf machten AktivistInnen der GSoA auf die Milliarden aufmerksam, die jährlich im Militärsumpf verschwinden. In Bern verteilten die AktivistInnen den PassantInnen Kaffee und machten auf die massive Erhöhung des Militärbudgets in der Schweiz um eine Milliarde auf fünf Milliarden

Franken aufmerksam. Statt dieser Militärausgaben könnte man nämlich pro Arbeitstag jedem Schweizer einen Kaffee spendieren.

Am Falkenplatz in Luzern gaben AktivistInnen der GSoA Luzern den PassantInnen die Möglichkeit selber zu entscheiden, wohin das Geld für die geplanten Kampfjets fließen soll. Fast alle legten den roten Papierflieger in die Bildungs- und Gesundheitssäule. Die Armeew-

und Kampfjetsäule ging fast gänzlich leer aus. Die PassantInnen freuten sich über die Aktion und machten rege mit. Insgesamt fanden die Aktionen und die mehreren tausend verteilten Flyer grossen Anklang. Der Tag hat gezeigt, dass nicht nur ein paar FriedensaktivistInnen die radikale Kürzung der Rüstungsausgaben fordern, sondern dieses Anliegen breit geteilt und unterstützt wird.



GSoA-Aktion am Bellevue in Zürich



120

WIDERSPRUCH

Beiträge zu
sozialistischer Politik

61

Diktatur der Finanzmärkte, EU-Krise und Widerstand

Herrschaft des Finanzkapitals; EU-Wirtschaftsregierung; Geschlechterdemokratie; Griechenland unter Troika-Diktatur; EU-Verfassungspolitik; Unternehmensgewinne und Staatsschulden; Gewerkschaften und Eurokrise; Reichtum und Armut; Finanztransaktionssteuer; EU-Rohstoffpolitik; EU-Beitritt und Souveränität

J. Bischoff, A. Scheele, K. Dräger, G. Kritidis, G. Kassimatis, H.-J. Bieling, W. Vontobel, R. Herzog, H. Schäppi, V. Pedrina, N. Imboden, R. Erne, U. Mäder, P. Wahl, P. Niggli, G. Trepp, H.-J. Fehr

Diskussion

R. Bossart: Atheismus und Religionskritik
C. Goll: Gewalt gegen Frauen
H. Schui: Zukunft der Wirtschaftsdemokratie
P. Angele et al.: Gewerkschaftliches Organizing

216 Seiten, Fr. 25.- (Abonnement Fr. 40.-)
zu beziehen im Buchhandel oder bei
WIDERSPRUCH, Postfach, 8031 Zürich
Tel./Fax 044 273 03 02

vertrieb@widerspruch.ch www.widerspruch.ch

INSERAT

WELTWEITER RÜSTUNGSWAHN

Militärausgaben konstant hoch

Das schwedische Friedensforschungsinstitut SIPRI veröffentlichte Mitte April die jährlichen Rüstungszahlen. Es schätzt die weltweiten Militärausgaben auf 1'738 Milliarden US-Dollar. Von Franziska Bender

Mit einem Wachstum von 0.3 Prozent blieben die weltweiten Militärausgaben im Jahr 2011 nahezu konstant. Damit findet die Aufrüstungsphase von 1998 bis 2010 ein Ende – zumindest vorerst.

Zum ersten Mal seit 1998 senkte auch die USA das Rüstungsbudget um gut ein Prozent. Dies lag unter anderem daran, dass die US-amerikanische Regierung die Kampftruppen aus dem Irak abgezogen hat. Vorerst ist nicht mit einer starken Erhöhung der Militärausgaben in den USA zu rechnen, da die Obama-Administration auch den Einsatz in Afghanistan allmählich beenden will. Ausserdem ist in den USA auch das Militär vom «Budget Control Act» betroffen, der im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise die Schulden begrenzen soll. Dennoch bleiben die USA mit jährlichen Rüstungs- und Armeeaussgaben von 711 Milliarden US-Dollar, das heisst knapp fünf Prozent ihres Bruttoinlandsprodukts, weltweiter Spitzenreiter.

In Europa zeichnet sich ein ähnliches Bild ab. Die Austeritätspolitik wirkt sich, mit einer gewissen Verzögerung, langsam auch auf die Militärausgaben aus. Die Mehrheit der europäischen Länder haben im Zuge der Wirtschaftskrise ihre Armeebudgets leicht reduziert. Dennoch bleiben die Zahlen im Vergleich zu vor zehn Jahren unverantwortlich hoch.

Eine sinnvolle Antwort auf die Schuldenkrise wäre es, die Militärausgaben radikal herunter-

zufahren, anstatt im Sozialbereich und Service public zu sparen. Die Zahlen zeigen aber, dass an einer solchen Lösung kein Interesse besteht, weder in Europa noch in den USA.

Rüstungsboom in Asien

Die moderat fallenden Ausgaben in West- und Zentraleuropa werden von einem markanten Anstieg in Osteuropa überschattet. Dort sind die Militärausgaben um mehr als zehn Prozent gestiegen. Ausschlaggebend dafür ist unter anderem Russland, das neu hinter den USA und China an dritter Stelle steht, was die Höhe des Armeebudgets angeht. Seit 2008 sind Russlands Aufwendungen für Rüstungsgüter um 16 Prozent gestiegen, weitere massive Erhöhungen sind bereits geplant.

Auch in Asien steigen die Militäretats weiter, was vor allem durch das Wachstum in China vorangetrieben wird. Im mittleren Osten haben Bahrain (14 Prozent), Israel (6.8 Prozent) und Syrien (6.1 Prozent) ihre Ausgaben relativ stark erhöht.

Ob es sich bei den stagnierenden weltweiten Ausgaben um einen langfristigen Trend handelt, muss sich noch zeigen. Während die Zahlen in Asien, Afrika und dem mittleren Osten tendenziell weiterhin steigen, ist die Entwicklung in Europa und den USA weniger klar. Tatsache ist, dass die Staaten mit über 1'700 Milliarden US-Dollar eine Unsumme in Krieg und Zerstörung investieren, die in anderen Bereichen dringend benötigt würden. So hat es die Wirtschaft beispielsweise noch immer nicht geschafft, ihre Kernaufgabe – die Menschen zu ernähren – zu erfüllen. Es wird Zeit, dass wir dem Rüstungswahn ein Ende setzen.

ARABISCHER FRÜHLING

Die arabische Welt im Wandel

Seit über einem Jahr befinden sich die arabischen Länder in einem gesellschaftlichen Umbruch. Die anfängliche Euphorie ist verflogen und der Weg zu einer demokratischen Gesellschaft ist steinig. Elham Manea erzählt, was in den vergangenen Monaten passiert ist, wie sie die Rolle der internationalen Akteure einschätzt und ob die Verhandlungen in Syrien erfolgversprechend sind.

Mit Elham Manea* sprach Cordula Bieri.

Die Demokratie-Bewegung im arabischen Raum begann vor gut einem Jahr. Was ist in diesem Jahr passiert?

Auslöser der Demokratiebewegung war die Selbstverbrennung von Mohammed Bouazizi in Tunesien, um auf die wirtschaftlich prekäre Situation aufmerksam zu machen. Dies hat eine Welle ausgelöst, die sich von einem wirtschaftlichen Protest zu einem Schrei nach Demokratie, zu einem Schrei nach Freiheit entwickelt hat. In Tunesien, aber auch in Ägypten war es eine Überraschung, wie schnell der Präsident den Hut nahm. Es war ein Moment, in dem ich wirklich geglaubt habe, alles sei möglich.

Wie sieht die Situation in Ägypten heute aus?

Die demokratischen Kräfte wollen eine Verfassung für alle ÄgypterInnen. Heute aber dominieren der Militärrat und die Muslimbruderschaft das politische Geschehen. Man hat Angst, dass dieser Machtkampf in eine undemokratische Richtung gehen könnte.

Die Welle schwappte weiter nach Libyen, Jemen, Bahrain und Syrien. Gab es Unterschiede zu den ersten beiden Ländern?

Ägypten und Tunesien unterscheiden sich grundsätzlich von diesen Ländern durch ihre Geschichte, ihre nationale Identität und ihren Zentralstaat.

Zum Beispiel in Jemen ist man nicht einfach Jemenitin, sondern es kommt darauf an, aus wel-

cher Region man stammt und welcher Religion man angehört. Dazu kommt, dass manchmal in diesen Staaten eine Minderheit die Kontrolle über die Mehrheit hat. Diese wird systematisch diskriminiert.

Zum Beispiel, demonstrierten zu Beginn der Demokratiebewegung in Bahrain SchiitInnen und SunnitInnen gemeinsam für Freiheit. Doch der Druck der jeweiligen Regimes und die ganze Maschinerie von Medien und Propaganda führten dazu, dass die moderaten Flügel zunehmend marginalisiert wurden und die Radikalen die Oberhand gewannen.

Wie sehen Sie die Rolle der internationalen Akteure?

Es gibt viele Regierungen, welche die autokratischen Regierungen aufgrund von Öl, Waffenhandel und strategischen Interessen unterstützt haben. Es wäre wichtig, dass die Staatengemeinschaft die Respektierung der Menschenrechte einfordert. Wenn ein Regime diese missachtet, sollte dies nicht toleriert werden.

Sind die Verhandlungen in Syrien erfolgversprechend?

Ich bin der Meinung, dass das syrische Regime versucht, mit den Verhandlungen Zeit zu gewinnen, um die Oberhand in diesem Konflikt zu festigen. Human Rights Watch hat am 2. Mai einen Bericht publiziert, der zeigt, dass das syrische Regime Massaker verübte, während Verhandlungen mit Kofi Annan stattfanden. Syrien wird erst eine diplomatische Lösung akzeptieren, wenn es wirklich keine internationale Unterstützung mehr von Staaten wie China, Russland oder Iran gibt.

Es bräuchte eine nationale Konferenz, an der alle Kräfte teilnehmen, um gemeinsam eine Verfassung auszuarbeiten. Aber auch eine Wahrheitskommission, wie in Südafrika, welche die Geschehnisse aufarbeitet. Und es wäre auch wichtig, die gewaltlosen Kräfte zu Wort kommen zu lassen. Dann gibt es Hoffnung.

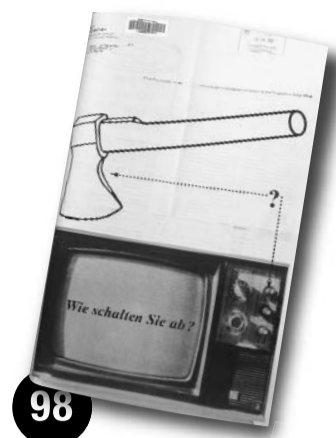
Wie können Friedensorganisationen den Wandel positiv unterstützen?

Ich habe mit verschiedenen Leuten in Ägypten gesprochen und sie gefragt, wie man aus der Schweiz helfen kann. Eine der Antworten war «Lasst uns in Ruhe!», da man nicht als Verräterin betrachtet werden möchte. Aber es gibt auch jüngere Leute, die wissensdurstig sind und den Austausch mit Menschen anderer Ländern suchen. Zum Beispiel, um Erfahrungen in der politischen Arbeit auszutauschen. Am wichtigsten erscheint mir aber die Rolle der NGOs.

Werden die Demokratiebewegungen auf weitere Staaten überschwappen?

Saudi-Arabien wird nicht von dieser Bewegung verschont bleiben. Die Einmischungsversuche der saudischen Regierung in der gesamten Region deuten darauf hin, dass sie versucht, die Bewegung zu kontrollieren. Das Regime versucht, die Leute abzuschrecken, um zu zeigen: «Schaut her, es ist chaotisch, Menschen sterben. Vorher gab es zu Essen, heute nicht mehr.» Gleichzeitig versucht das saudische Königshaus, die gesamte Bewegung in eine undemokratische Richtung zu steuern. In den östlichen Regionen Saudi-Arabiens, wo eine schiitische Minderheit lebt, gibt es schon jetzt häufig Demonstrationen. Es wäre im Interesse des saudischen Regimes, rasch mit Reformen zu beginnen. Die Machtkämpfe zwischen den Kronprinzen verhindern Reformen. Ich wünschte mir, dass Länder wie Saudi-Arabien rechtzeitig erkennen würden, dass ihr System nicht nachhaltig ist.

* Elham Manea wurde in Ägypten geboren und verfügt über die jemenitische und schweizerische Staatsbürgerschaft. Sie ist Privatdozentin an der Universität Zürich und forscht mit Fokus auf die Länder der Arabischen Halbinsel.



Elham Manea



SYRIEN

Wieder Schweizer Waffen im Einsatz?

Täglich erreichen uns neue Nachrichten von Gräueltaten aus Syrien. Was können wir dagegen tun? Klar ist: Es dürfen nicht noch mehr Schweizer Waffen ins Konfliktgebiet gelangen. Von Jonas Zürcher

Was seit einiger Zeit in Syrien passiert, lässt wohl kaum jemanden kalt. Zwar wird berichtet, dass die Waffenruhe in einzelnen Orten hielt und sich Demonstrierende in der Öffentlichkeit treffen konnten, um für ihre Rechte zu einzustehen. Aber es erreichen uns immer noch Meldungen von neuen Kämpfen und Massakern. Die internationalen Akteure sind kaum in der Lage, Frieden zu schaffen.

Syrien ist zum Spielball der Weltpolitik geworden. Russland hat in Syrien seinen einzigen militärischen Stützpunkt am Mittelmeer, was das Assad-Regime zu einem wichtigen Partner macht. Die USA und Grossbritannien haben seit dem Irakkrieg jede Glaubwürdigkeit in der Region verloren. Weshalb soll man dem Westen zutrauen, Syrien Frieden und Demokratie zu bringen, wenn er im Irak nur Gewalt und Un-

sicherheit hinterlassen hat? Saudi-Arabien und die Golfstaaten unterstützen die Aufständischen in Syrien mit Waffen und Munition, weil sie das säkulare Baath-Regime von Assad durch eine sunnitische Marionettenregierung ersetzen möchten. Genau dies jedoch möchte wiederum der Iran um jeden Preis verhindern. Auch die Schweiz ist in den Konflikt involviert: Kürzlich konfiszierte die libanesische Regierung eine ganze Schiffsladung voller Waffen und Munition, die für die Aufständischen bestimmt war. Beladen wurde das Schiff in Libyen. Man vermutet, dass Katar hinter dem Waffendeal stand. Die Annahme liegt nahe, dass die Lieferung Ruag-Munition enthielt. Die bewaffneten Milizen in Libyen verwendeten solche Munition, die in der Schweiz hergestellt und danach nach Katar geliefert worden war.

Eine antimilitaristische Antwort

Die GSoA-Regionalgruppen haben viel über Syrien diskutiert. Für die GSoA ist eines klar: Im Mittelpunkt müssen die Menschen stehen. Die Zivilbevölkerung muss gestärkt werden.

Wir haben uns darum mit einer Mahnwache solidarisch zu den Opfern von Syrien gestellt und ein Zeichen gegen Krieg und Gewalt gesetzt. Um die Menschen nachhaltig zu unterstützen, müssen wir verhindern, dass weiteres Kriegsmaterial nach Syrien gelangt. Hier steht auch die Schweiz in der Pflicht. So müssen alle Staaten des Nahen Ostens, insbesondere Saudi-Arabien, die Vereinigten Arabischen Emirate und Katar von der Liste jener Länder gestrichen werden, welche die Schweiz mit Munition, Ersatzteilen oder neuen Waffen ausrüstet. Die Aufrüstung des Nahen Ostens muss schleunigst gestoppt werden. Ebenso wichtig ist der freie Zugang für Medien und humanitäre Hilfsorganisationen. Weitere wirkungsvolle Massnahmen sind gezielte wirtschaftliche Sanktionen gegenüber allen, welche für die Gewalt in Syrien verantwortlich sind.

Ein Ende des Konflikts ist noch nicht absehbar. Umso wichtiger ist unsere Solidarität, die Unterstützung aller Menschen, die jetzt in Not sind, und ein konsequentes Engagement gegen Waffenlieferungen und militärische Eingriffe.



35

Der Kampfjet-Button – jetzt bestellen!

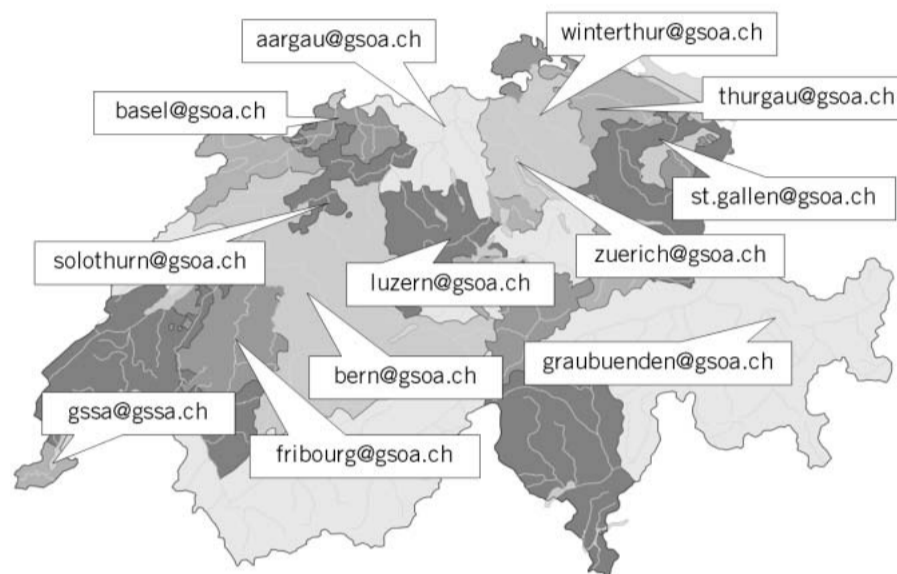
Im Moment ist nicht klar, ob wir in den kommenden Monaten Unterschriften für ein Referendum oder eine Initiative gegen die neuen Kampfjets sammeln müssen – oder ob das Parlament doch noch zur Vernunft kommt und die Beschaffung abbläst. In der Zwischenzeit gibt es bereits eine Möglichkeit, wie Du Deinen Unmut über die Kaufpläne zeigen kannst: Der neue Kampfjet-Anstecker ist da!

Die erste Serie war innert Tagen bereits vergriffen, nun ist der Button aber wieder erhältlich. Bestelle Dein Exemplar auf www.gsoa.ch/button



Aktiv werden in Deiner Region

Die Regionalgruppen sind das Rückgrat der GSoA. Sie beteiligen sich aktiv an den Entscheidungen der GSoA Schweiz und organisieren in eigener Regie Aktionen und Veranstaltungen. Im Moment sammeln wir Unterschriften für die Wehrpflichtinitiative. Und ein Referendum oder eine Initiative zu den Kampfjets hängt in der Luft. Lust, aktiv zu werden? Dann melde Dich bei einer der untenstehenden Adressen. Wir freuen uns, Dich kennenzulernen!



Verfolge die Abenteuer von Gregor, dem glücklichen Gewehr, auch im Internet: www.youtube.com/user/GregorsGunTV

Wir sind auf Deine Spende angewiesen

Der Abstimmungskampf für die Wehrpflichtinitiative und das Referendum gegen die neuen Kampfjets werden einiges Geld kosten. Die Aktivitäten der GSoA sind zwar immer vom starken Engagement unserer AktivistInnen abhängig. Dennoch braucht es Geld, zum Beispiel für Plakate und Inserate. Mit einer kleineren oder grösseren Spende per beiliegendem Einzahlungsschein ermöglichst Du uns, weitere StimmbürgerInnen von unseren Anliegen zu überzeugen und trägst damit unmittelbar zum Erfolg der GSoA-Initiativen bei. **Herzlichen Dank!**

GREGOR,
das glückliche Gewehr



GSoA-Material...

Bestelltalon (Bei Bestellungen aus dem Militär bitte auch Privatadresse angeben)

Name/Vorname _____
 Strasse/Nummer _____
 PLZ/Wohnort _____
 Tel./E-Mail _____ E-Mail für Newsletter registrieren

Anzahl	Bezeichnung	Grösse	Einzelpreis	Total
	Kampfjet-Button		Fr. 1.-	
	T-Shirt Kampfjets Frauen	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 28.-	
	T-Shirt Kampfjets Männer	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 28.-	
	Waffenvernichtungsmassen Frauen	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 28.-	
	Waffenvernichtungsmassen Männer	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 28.-	
	GSoA-Sackmesser		Fr. 25.-	
	GSoA-Schlüsselbändel		Fr. 10.-	
	Friedensfahne (PACE)		Fr. 12.-	
	Diverse Kleber		kostenlos	
	Versandkostenanteil			Fr. 4.80

Ich werde GSoA-Mitglied Verdienende Fr. 100.- Nichtverdienende Fr. 50.-
 Spende Fr. 50.- Fr. 20.- Fr. 10.-
 Ich will aktiv mitmachen: Kontaktiert mich

Rechnungsbetrag

Bestellung: GSoA, Postfach, 8031 Zürich, Tel. 044 273 01 00, www.gsoa.ch/material



Impressum

Redaktion: Patrick Angele (pa), Michael Baumgärtner (mb), Franziska Bender (frb), Cordula Bieri (cb), Felix Birchler (fb, verantwortlich), Andreas Cassee (ac), Tom Cassee (tc), Stefan Dietiker (std), Adi Feller (ad), Beat Hatz (beh), Fabian Hubeli (fh), Chrigi Hug (ch), Karin Jenni (kj), Josef Lang (jl), Reto Moosmann (rm), Beni Müller (bm), Martin Parpan (mp), Seraina Patzen (sp), Nikolai Prawdzc (np), Rahel Ruch (rr), Tobia Schnebli (ts), Andreas Weibel (aw), Remo Ziegler (rz), Jonas Zürcher (jz)
Cartoons: Oger, Beni Müller **Layout:** Regula Meili, Wetzikon **Druck:** ROPRESS Zürich
Auflage: 20 000, mindestens viermal jährlich
Mitgliederbeitrag (inkl. Zitigs-Abo) Verdienende Fr. 100.- / Nichtverdienende Fr. 50.-
 Jahresabonnement GSoA-Zitig: Fr. 20.- / 10.- PC-Konto: PC 40-37315-5
Verlag: GSoA, Postfach, 8031 Zürich, Telefon 044 273 01 00, Fax 044 273 02 12, E-Mail: gsoa@gsoa.ch, www.gsoa.ch

LeserInnenbriefe, Lob und Kritik sind willkommen. Bitte melden Sie uns Adressänderungen, falsche und/oder doppelte Adressen. Die Inhalte dieser Zeitung unterstehen einer Creative Commons Lizenz. Für nicht-kommerzielle Zwecke können sie mit Quellenangabe frei verwendet werden.